

# 1,5 MILLIARDEN FÜR DEN AUSSTIEG VERSCHWENDEN?

Die S21-Finanzierungsverträge, über deren Kündigung durch die Landesregierung am 27. November abgestimmt wird, sehen keine Kündigungsrechte vor. Die Grünen in der Landesregierung wollen sich also **per Gesetz zu einem widerrechtlichen Vertragsbruch verpflichten lassen**. Wird das Land Baden-Württemberg vertragsbrüchig, muss es gegenüber den übrigen Vertragspartnern haften.

die Landesregierung entstehen würde, ist auf **1,522 Milliarden Euro** zu beziffern. Das war der Stand November 2010. Vermutlich wird der reale Schaden für die Deutsche Bahn AG deutlich höher sein, denn es wurden seit November 2010 viele Aufträge zum Bau von Stuttgart 21 vergeben.

Wenn die Deutsche Bahn AG das Land verklagt, muss die Landesregierung Schadenersatz in Milliardenhöhe zahlen. Dieses Geld würde an anderen Stellen im Land fehlen, wo es dringend benötigt wird – bei unseren Schulen und Universitäten, für Bildung und Kultur, bei Verkehr und Infrastruktur. Das Land müsste an allen Ecken und Enden sparen, um den Ausstieg aus Stuttgart 21 zu finanzieren.

Bei den 1,5 Milliarden, mit denen das Land bei Vertragsbruch haften muss, bleibt es nicht. Denn für die 1,5 Milliarden bekommt das Land nichts. Um den Bahnhof in den nächsten Jahren betriebsfähig zu halten, müssen mindestens weitere 1,3 Milliarden Euro investiert werden – auch hier ist denkbar, dass die Landesregierung zur Kasse gebeten wird.

**Dieser gigantischen Geldverschwendung können Sie mit einem Kreuz an der richtigen Stelle Einhalt gebieten: Stimmen Sie beim Volksentscheid mit NEIN.**

<b>Schadenersatz - Das würde der Ausstieg aus Stuttgart 21 kosten:</b>	
<b>Planungs- und Baukosten</b>	
Planungskosten Stuttgart 21	242,2 Mio. EUR
Bisherige Baukosten Stuttgart 21	159,6 Mio. EUR
Gebundene Verträge	47,1 Mio. EUR
Schadenersatz SSB	4,0 Mio. EUR
Planungskosten Neubaustrecke	167,9 Mio. EUR
Bisherige Baukosten Neubaustrecke	6,8 Mio. EUR
Gebundene Verträge	19,9 Mio. EUR
Bisherige Kosten Projektleitung bis Juni 2011	5,6 Mio. EUR
<b>Zurückzuzahlende Zuschüsse</b>	
Betriebskostenzuschuss vom Flughafen	112,2 Mio. EUR
Zinsanspruch Flughafen seit 01.08.2008	3,0 Mio. EUR
<b>Rückabwicklung Grundstücksverkäufe</b>	
Rückzahlung inkl. Zinsen für Gleisvorfeld	708,0 Mio. EUR
Verlust aus Grundstücksverkäufen	46,0 Mio. EUR
<b>Summe</b>	<b>1.522,3 Mio. EUR</b>

Die Deutsche Bahn würde die vertragsbrüchige Landesregierung aller Voraussicht nach auf **Schadenersatz in Milliardenhöhe** verklagen.

In der Schlichtung von Dr. Geißler haben unabhängige Wirtschaftsprüfer berechnet: Der Schaden, der der Deutschen Bahn AG aufgrund eines Bruchs der Verträge durch

Herausgeber:  
 CDU Baden-Württemberg  
 Hasenbergstraße 49b - 70176 Stuttgart  
 www.cdu-bw.de

